

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 491 -

SITZUNG VOM

7. Juni 1993

PROTOKOLL

der 34. Sitzung
(Doppelsitzung)

Datum: Montag, 7. Juni 1993

Zeit: 18.00 bis 21.20 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident Franz Schneller

Protokoll: Roger Würsch

Anwesend: 35 Mitglieder
Walter Epli ab 18.25 Uhr
Markus Goetschi ab 18.15 Uhr
Dieter Schlatter ab 18.15 Uhr (berufliche Abwesenheit)
Maya Rüegg ab 18.15 Uhr

Abwesend: Andreas Denzler (berufliche Ortsabwesenheit)



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 492 -

SITZUNG VOM

7. Juni 1993

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 32. Sitzung vom 10. Mai 1993
3. Protokoll der 33. Sitzung vom 17. Mai 1993
4. Informationen von Stadtrat Bruno Tantanini über die Revision der Bau- und Zonenordnung
5. Postulat Walter Berner und Mitunterzeichnende, Alterswohnungen im Zentrum, Antwort Stadtrat und Antrag auf Abschreibung
6. Kredit von Fr. 1'280'000.-- für die Neugestaltung der S-Bahnstation Opfikon, Abschreibung des Postulates Charles Kulli und Mitunterzeichnende, Gestaltung SBB-Haltestelle Opfikon
7. Brutto-Kredit von Fr. 16'255'000.-- für den Umbau und die Erweiterung des Stadthauses, Feuerwehr- und Werkgebäude
8. Genehmigung der Bauabrechnung von Fr. 217'637.45 über die Begrünung entlang der Wallisellerstrasse und von Fr. 62'206.70 über die Begrünung entlang der Talackerstrasse

Werner Erni (RPK-Präsident) stellt den Antrag, dass das Geschäft Nr. 6 abgesetzt und nochmals zur Beratung an die RPK zurückgeben wird, da der Stadtrat in finanzieller Hinsicht neue Angaben eingebracht hat.

Ratspräsident Franz Schneller ist der Ansicht, dass die Absetzung nicht nötig sei.

Der Antrag von Werner Erni wird mit grossem Mehr angenommen.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger fragt an, ob das Traktandum 5 am Schluss behandelt werden kann, da Stadtrat Erich Klaus erst später eintreffen wird.

Ratspräsident Franz Schneller stellt den Antrag, das Geschäft Nr. 5 mit dem Geschäft Nr. 8 abzutauschen.

Der Postulant, Walter Berner fragt an, ob das Geschäft gleich beim Eintreffen von Stadtrat Erich Klaus behandelt werden kann, da er früher gehen sollte.

Der Antrag von Franz Schneller wird mit 13 : 6 Stimmen gutgeheissen.



SITZUNG VOM

7. Juni 1993

1. Mitteilungen

1.1 Stadtratsmitglieder

V 4.3.1

Stadtrat Hans Peter Friess hat sich entschuldigt, Stadtrat Erich Klaus trifft um 19.50 Uhr ein. Folgende Stadträte und Stadträtinnen sind abwesend: Helen Kunz, Hans Rosenberger und Karl Pfister.

1.2 Ratsausflug

V 4.3.2

Im Büro-Protokoll der 41. Sitzung wurde der 17. September 1993 als Termin für den Ratsausflug bekanntgegeben. Dieser Termin tangiert die Jungbürgerfeier. Ein neuer Termin für den Ratsausflug wird im Büro besprochen und später bekanntgegeben.

1.3 Tisch-Zuteilung Stimmzähler und Stimmzählerin

V 4.3.2

- Peter Bühler 1. und 2. Tisch FDP / 1. und 2. Tisch NIO
- Kurt Schwaighofer Tisch CVP / Tisch EVP und LdU
- Carmen Seebacher Tisch GV und SP / Tisch SVP / Tisch BÜRO

1.4 Allgemeines

V 4.3.1

Folgende Unterlagen waren in der Aktenaufgabe einsehbar:

- Protokoll der 41. Bürositzung
- Offene Geschäfte Gemeinderat
- SR-Beschluss Nr. 166 - Bauabrechnung Abwasseranlagen Schaffhauserstrasse
- SR-Beschluss Nr. 180 - Bauabrechnung Velounterstände Bahnhof Glattbrugg
- Traktandum Nr. 2/1993

2. Protokoll der 32. Sitzung vom 10. Mai 1993

Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Protokoll der 33. Sitzung vom 17. Mai 1993

Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.

4. Informationen von Stadtrat Bruno Tantanini über die Revision der Bau- und Zonenordnung

B 1.6.2

Die Gemeinderäte haben ein Dossier "Revision der Ortsplanung" erhalten. Stadtrat Bruno Tantanini informiert über den Revisionsvorschlag vom 2. Juni 1993 und über den weiteren (auch zeitlichen) Ablauf.



SITZUNG VOM

7. Juni 1993

5. **Genehmigung der Bauabrechnung von Fr. 217'637.45 über die Begrünung entlang der Wallisellerstrasse und von Fr. 62'206.70 über die Begrünung entlang der Talackerstrasse**

S 4.3

Als Sprecherin der RPK informiert Kathrin Schmid kurz über die Prüfung dieser Bauabrechnung. Sie ist der Ansicht, dass der Bericht der RPK selbstredend ist, und dass es dazu nicht viel Ergänzungen gibt.

Stadtrat Bruno Tantanini erklärt das Geschäft aus seiner Sicht. Bei Baubeginn kam er neu in den Stadtrat. Es gab Widerstände bei den Anwohnern und dem Tiefbauamt. Durch diese Widerstände wurden Aenderungen nötig und auch vorgenommen. Diese Aenderungen wurden jedoch vom Stadtrat bewilligt. Aus heutiger Sicht war das Vorgehen nicht korrekt und das Geschäft würde sicherlich dem Gemeinderat zur Neuberatung vorgelegt. Damals, als unerfahrener Stadtrat, hat er davon abgesehen. Er ist sich bewusst, dass das Bauamt und sein Vorstand durch dieses Geschäft angeschossen wird, betont jedoch nochmals, dass die Aenderungen durch den Stadtrat abgesegnet wurden. Im Uebrigen hat der Stadtrat in letzter Zeit bewiesen, dass er gewillt ist, geänderte Geschäfte dem Gemeinderat neu vorzulegen.

Das Wort wird nicht weiter erwünscht.

In der Abstimmung obsiegt der Antrag der RPK mit 25 : 5 Stimmen dem Antrag des Stadtrates. Somit ist diese Bauabrechnung nicht genehmigt.



SITZUNG VOM

7. Juni 1993

5. Genehmigung der Bauabrechnung von Fr. 217'637.45 über die Begrünung entlang der Wallisellerstrasse und von Fr. 62'206.70 über die Begrünung entlang der Talackerstrasse

S 4.3

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 19. Mai 1993 -

BESCHLIESST:

1. Die Bauabrechnung vom 29. Dezember 1988 über die Begrünung entlang der Wallisellerstrasse, mit Baukosten von Fr. 217'637.45, wird nicht genehmigt.
2. Die Bauabrechnung vom 2. September 1985 über die Begrünung entlang der Talackerstrasse, mit Baukosten von Fr. 62'206.70, wird nicht genehmigt.
3. Der für die Ueberschreitung des bewilligten Kredites von Fr. 246'500.-- erforderliche Nachtragskredit von gesamthaft Fr. 15'292.05 wird nicht bewilligt.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Bauvorstand
 - Bauamt
 - Finanzverwaltung
 - Stadtgenieur
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

7. Juni 1993

6. **Brutto-Kredit von Fr. 16'255'000.-- für den Umbau und die Erweiterung des Stadthauses, Feuerwehr- und Werkgebäude**

L 2.2.3

Ratspräsident Franz Schneller erklärt das Vorgehen bei dieser Vorlage. Zuerst wird eine Eintretensdebatte stattfinden. Anschliessend folgt die Detailberatung des gesamten Geschäftes und zum Schluss werden sämtliche Abstimmungen durchgeführt.

Eintretensdebatte: (sämtliche Votanten äusserten sich für Eintreten)

Valentin Perego (FDP) äussert sich über die Fraktionsmeinung. Das 16 Mio. Franken-Geschäft ist in der heutigen wirtschaftlichen Situation sehr umstritten. Investitionen sollten jedoch gefördert werden. Priorität hat aber das Alterszentrum. Die laufende Motion "Verwaltungsanalyse" könnte im Bereich "Stadthaus" Ersparnisse bringen. Dem Volk sollte eine Vorlage vorgelegt werden, welche auch eine reelle Chance hat. Das Projekt ist gut, dringend und ausgewiesen, eventuell sollte jedoch nur das Feuerwehr- und Werkgebäude vor das Volk gebracht werden.

Kurt Schwaighofer (CVP-Fraktion) ist der Ansicht, dass nun nach vielen Planungs-jahren eine Realisierungsphase eintreten sollte. Das Projekt ist ausgeglichen und erfüllt alle Bedingungen. Wenn das Geschäft jetzt zurückgestellt oder etappiert wird, wurde wiedereinmal viel Geld für den Papierkorb verplant.

Im Namen der SVP äussert sich Eduard Tellenbach. Beim Stadthaus wird die Verwaltungsfläche um 23% vergrössert, obwohl die GPK-Motion Einsparungen im Personalaufwand von 5-10% verlangt. Eine Vergrösserung ist zum heutigen Zeitpunkt nicht angebracht. Die Situation beim Feuerwehr- und Werkgebäude ist unbefriedigend. Die Kosten von 8 Mio. Franken sind jedoch sehr hoch, zu hoch. In den nächsten Jahren stehen weitere grosse Investitionen an, wobei das Alterszentrum 1. Priorität geniesst. Eine Steuererhöhung bis zu 20% in den nächsten Jahren darf nicht provoziert werden.

Dieter Schlatter (EVP/LdU) bedauert die fehlende Etappierung. Durch Reprivatisierungen könnten im Bereich "Stadthaus" Einsparungen realisiert werden. Der Raumbedarf jeder Abteilung sollte unter diesem Aspekt neu ausgewiesen werden.

Felix Widmer (GV-Fraktion) ist der Meinung, dass dieses Projekt unterstützt werden muss, da der Platzbedarf ausgewiesen und die Baracke undiskutabel ist. Zudem genügt das Haus bei weitem nicht mehr den Anforderungen. Günstiger wird es nie mehr. In der Gemeinde Stäfa wurde dieses Wochenende vom Volk 13 Mio. Franken für ein neues Stadthaus bewilligt.

Stadtrat Jacques Mettler ist der Ansicht, dass die Vorlage gut ist. Die Planungsphase war sehr lang. Er dankt der Spezialkommission für die sehr gute Zusammenarbeit. Der Stadtrat ist mit dem Vorschlag der Kommissions-Mehrheit einverstanden. Den Vorwurf, die Unterlagen seien dürftig, weist Jacques Mettler zurück, da es sich bei der Vorlage um ein günstiges Vorprojekt auf sehr hohem Niveau handelt. Eine baubiologische Beratung/Begleitung wurde angeboten und wird wahrgenommen. Eine Etappierung ist möglich. Die Kosten dafür sind im Stadtratsantrag ausgewiesen (Stadthaus: 8,425 Mio. Franken; Feuerwehr- und Werkgebäude: 8,24 Mio. Franken).

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.



SITZUNG VOM

7. Juni 1993

Detailberatung:

Kommissionspräsident Kurt Schwaighofer berichtet, mit Hilfe von Folien, über die Arbeit der Spezialkommission. Es handelt sich beim vorliegenden Projekt nicht um ein "Luxusprojekt", sondern der Bedarf ist anerkannt und ausgewiesen. Er dankt Jacques Mettler für die gute Zusammenarbeit, der Stadtrat hat auf Anfragen immer sehr rasch reagiert. Ausgaben werden so oder so nötig (Heizung, Isolation, Baracke). Die Missstände sollten nun endlich behoben werden. Das Stadthaus ist auch Visitenkarte der Gemeinde. Die Planung wird für die nächsten 30 bis 50 Jahre genügen. Kurt Schwaighofer bittet mit Ueberzeugung der Vorlage zuzustimmen.

Von 19.30 bis 19.50 findet eine Pause statt. Die Verpflegung wird durch das Gourmi organisiert.

Antonia Banz (Kommissions-Minderheit) begründet den Minderheitsantrag. Der einzige Streitpunkt ist die Unterniveaugarage. Die Kosten dafür sind ihrer Ansicht nach zu hoch. Die Parkplätze müssten über 20 Jahre lang zu Fr. 150.--/Monat vermietet werden, damit die Kosten gedeckt sind, dies ist nicht Standard, sondern Luxus. Eine Tiefgarage löst Aengste aus und wird gemieden. Bei einem Verzicht könnten 17 oberirdische Parkplätze realisiert werden. Die restlichen 9 könnten auf dem schlecht genutzten Badparkplatz speziell gekennzeichnet werden. Der neue Ortsbus erschliesst das Stadthaus, dieser sollte nicht mit vielen Parkplätzen konkurrenziert werden. Eine Ausnahmebewilligung für den Verzicht auf unterirdische Parkplätze wäre möglich.

Jacques Mettler erklärt, dass der Bedarf von Parkplätzen ausgewiesen ist (viele Sitzungen, Besucherverkehr, Polizeifahrzeuge). Die Kosten sind im Rahmen des Ueblichen. Die Stadt sollte nicht die Bauordnung verletzen und aus Kostengründen Vorlagen umgehen, welche von privaten Bauherren verlangt werden.

Während der folgenden, langen Diskussion, welche von den Votanten als sinnvoll und gut erachtet wird, werden zwei Anträge gestellt:

Werner Brühlmann (FDP): *Folgende Projekte sind der Volksabstimmung zu unterbreiten: a) Vorlage Feuerwehr und Werkgebäude im Betrag von 8,24 Mio. Franken (Ja/Nein); b) Vorlage Stadthaus, Feuerwehr und Werkgebäude im Betrag von 16,255 Mio. Franken (Ja/Nein). Werden beide Vorlagen angenommen, wird die gesamte Variante b) realisiert.*

Der Antrag wird später zugunsten der Gesamtvorlage zurückgezogen.

Rudolf Anliker (SVP)/ Peter Bühler (FDP): *Das Projekt ist in zwei eigenständigen Teilprojekten zur Volksabstimmung zu bringen: 1. Erweiterung Stadthaus Fr. 8'425'000.--; 2. Feuerwehr- und Werkgebäude Fr. 8'240'000.--.*

Weiter wurde ausgesagt:

- Sollte es zum Bau kommen, müssen unbedingt die einheimischen Gewerbetreibenden zum Zuge kommen. Die Farbgebung sollte auch abgeklärt werden, damit dem Stimmbürger ein möglichst übereinstimmendes Bild vermittelt werden kann (Ernst Schmid, CVP).
- Die FDP spricht sich für das Gesamtprojekt aus. Sie hat aber Angst, dass das Gesamtprojekt vom Volk nicht bestätigt wird, und dass dann nichts realisiert wird.
- Die NIO sieht in der Etappierung die Gefahr, dass viel Planungsgeld verschleudert wird. Zudem sind jetzt Investitionen nötig.



SITZUNG VOM

7. Juni 1993

- Kurt Schwaighofer (CVP-Mehrheit) und Stadtpräsident Jürg Leuenberger rufen den Gemeinderat auf, Mut zu zeigen. Wenn die Parteien gemeinsam zum Projekt stehen und die Bevölkerung mit guten Informationen aufgeklärt wird, hat dieses Projekt sicherlich eine Chance. Jürg Leuenberger ist der Ansicht, dass der Antrag von Werner Brühlmann nicht mit der Gemeindeordnung (§ 16) vereinbar ist. Den Antrag von Rudolf Anliker und Peter Bühler findet er fragwürdig, da der Gemeinderat seine Regierungsaufgaben damit auf das Volk abschiebt. Jürg Leuenberger hofft, dass dem Volk ein eindeutiges und klares Projekt vorgelegt wird. Diese Voten werden von der NIO und der FDP unterstützt.
- Die SVP ist klar der Meinung, dass sich Opfikon das gesamte Stadthausprojekt und das Altersheim zusammen nicht leisten kann. Eine Mehrheit ist gegen das Gesamtprojekt. Der Finanzplan des Stadtrates wird als Wunschdenken erachtet (z.B. Steuereinnahmen). Betreffend antizyklischem Verhalten sei gesagt, dass in guten Zeiten auch nicht gespart wurde.
- Prioritäten sollten gesetzt werden. Dabei geniessen das Feuerwehr- und Werkgebäude 2. Priorität, während das Stadthaus nur 4. Priorität geniess (1. Priorität: Altersheim; 3. Priorität: Autobahnüberdeckung). Ein Gesamtprojekt hat keine Chance. Die Anträge der FDP und der SVP sind unsinnig. Nur das Feuerwehr- und Werkgebäude sollten dem Volk vorgelegt werden (Walter Epli, CVP).

Stadtrat Jacques Mettler gibt bekannt, dass die Farbgebung noch nicht besprochen wurde. Er will dies aufnehmen. Das lokale Gewerbe soll selbstverständlich zur Offertstellung eingeladen, und wenn möglich auch berücksichtigt werden (Grundlage: Submissionsverordnung). Die grossen Bauvorhaben der nächsten Zeit sind allesamt im Finanzplan berücksichtigt. Es ist jetzt Zeit, nicht nur antizyklisch zu denken, sondern auch antizyklisch zu handeln.

Abstimmungen:

Der Antrag der Spezialkommissions-Mehrheit obsiegt dem Antrag der Spezialkommissions-Minderheit mit 20 : 9 Stimmen.

Die Gesamtvorlage obsiegt dem Antrag von Rudolf Anliker und Peter Bühler mit 25 : 5 Stimmen.

In der Schlussabstimmung wird das Projekt mit 28 : 5 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) gutgeheissen.



SITZUNG VOM

7. Juni 1993

6. Brutto-Kredit von Fr. 16'255'000.-- für den Umbau und die Erweiterung des Stadthauses, Feuerwehr und Werkgebäude

L 2.2.3

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 1. September 1992 und der Spezialkommission "Stadthaus, Feuerwehr und Werkgebäude" vom 11. Mai 1993 -

BESCHLIESST:

1. Das Projekt mit Kostenschätzungen für den Umbau und die Erweiterung des Stadthauses, Feuerwehr- und Werkgebäudes wird mit nachfolgenden Aenderungsanträgen gegenüber der stadträtlichen Vorlage genehmigt und der erforderliche Brutto-Kredit von Fr. 16'255'000.-- bewilligt.
2. Das Projekt ist mit folgenden Aenderungen zu überarbeiten:
 - 2.1 Ersatzloses Streichen des Untergeschosses beim Stadthaus-Anbau
 - 2.2 Redimensioniertes Projekt für die Unterniveaugarage
 - 2.3 Belassen des Kinderkrippengebäudes in seiner heutigen Struktur und Funktion, Umlegung der vorgesehenen Räume für Feuerwehr und städtische Werke auf die angrenzenden Gebäude.
3. Berücksichtigung der Konstruktions- und Materialänderungen gemäss Ziffer 3.2. des Abschiedes der vorberatenden Kommission.
4. Die Kreditsumme erhöht oder ermässigt sich im Rahmen der Baukostenentwicklung zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand Okt. 1991) und der Bauausführung. Der Teuerungsnachweis ist nach der Weisung Nr. 6 des kantonalen Hochbauamtes und des Amtes für technische Anlagen und Luftthygiene vom 8. November 1984 zu berechnen.
5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel für die Finanzierung der Bauten auf dem Darlehensweg zu beschaffen.
6. Dispositiv 1 und 4 dieses Beschlusses sind der Volksabstimmung zu unterbreiten.
7. Die Arbeit der Spezialkommission "Stadthaus, Feuerwehr und Werkgebäude" ist erledigt. Die Spezialkommission wird somit aufgelöst.
8. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Liegenschaftenvorstand
 - Objektbaukommission
 - Liegenschaftenverwaltung
 - Finanzverwaltung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

7. Juni 1993

7. **Postulat Walter Berner und Mitunterzeichnende, Alterswohnungen im Zentrum, Antwort Stadtrat, Antrag auf Abschreibung**

L 2.2.8

Walter Berner (LdU) ist von der Antwort des Stadtrates nicht überrascht, aber enttäuscht. Er ist der Ansicht, dass keine ernsthaften Landverhandlungen stattgefunden haben. Der Stadtrat hat in ungünstigeren Zeiten auch Landabtauschgeschäfte getätigt. Zudem ist im Regierungsprogramm die Landsicherung im Zentrum vorgesehen. Die Bruggackerstrasse ist schon heute nur begrenzt befahrbar (eine Schliessung daher sicherlich nicht unmöglich). Gebäudedurchfahrten wurden auch schon mehrmals gebaut, wieso soll dies zu teuer werden? Weiter fragt er den Stadtrat an, wieso die Bodenpreise amortisiert wurden? Die vom Stadtrat genannten Alternativen sind alle dezentral und daher nicht ideal.

Stadtrat Erich Klaus ist der Meinung, dass Alterswohnungen wünschbar wären, Priorität geniesst jedoch zur Zeit das Alterszentrum. Das Grundstück ist nicht geeignet und kann nur schlecht genutzt werden (WG 3). Eine Wegfinanzierung ist sehr schlecht. Stadtrat Jacques Mettler ergänzt, dass mit der SBB dreimal verhandelt wurde und der Preis gesenkt werden konnte. Ein Preisvergleich mit anderen Landgeschäften ist nicht zulässig, da vor zwei Jahren die Bodenpreise anderst lagen. Reine Alterssiedlungen werden zudem heute nicht mehr angestrebt, da eine gesunde Durchmischung der Bewohnerschaft viel sinnvoller ist. Die Abschreibung der Bodenpreise wurden vom Stadtrat berücksichtigt, über dieses Vorgehen kann man geteilter Meinung sein.

Eine Anfrage von Christine Schärer (NIO) betreffend Alterswohnungen im Rietgrabenhang kann Jacques Mettler wie folgt beantworten: Alterswohnungen waren beim Wettbewerb vorgesehen und ein wichtiger Bestandteil. In den Richtlinien, welche zur Zeit erstellt werden, sollen Alterswohnungen vorgesehen werden. Diese Richtlinien werden einem Baurechtsträger auferlegt.

Walter Berner besteht auf Aufrechterhalten des Postulates, damit mindestens eine Landsicherung im Zentrum vorgenommen wird. Das Projekt "Alterswohnungen" muss ja nicht zwingend auf diesem Grundstück vorgenommen werden. Diese Möglichkeit wird jedoch von Markus Goetschi (SVP) in Zweifel gezogen, da das Postulat klar von einem bestimmten Grundstück spricht.

Stadtrat Erich Klaus ist der Ansicht, dass es nicht Aufgabe des Stadtrates ist, private Initianten zu suchen, sondern allfällige Initianten zu unterstützen. Der Bau von Alterswohnung mit Hilfe von Subventionen (Bund/Kanton) wäre möglich, schränkt aber den Kreis der möglichen Mieter ein, indem Vorlagen betreffend Einkommen und Vermögen der Mieter gemacht werden.

Dieter Schlatter (LdU) ist der Ansicht, dass sich der Stadtrat wie beim Rietgrabenhang verhalten sollte und ein Projekt vorlegen soll, welches auch die Nutzung des jetzt brachliegenden Stadtgrundstückes ermöglichen würde.

Der Antrag des Stadtrates wird in der Abstimmung mit 24 : 8 Stimmen gutgeheissen. Das Postulat ist somit abgeschrieben.

Mitteilung an:

- Stadtrat
- Liegenschaftenvorstand Jacques Mettler
- Sozialvorstand Erich Klaus



SITZUNG VOM

7. Juni 1993

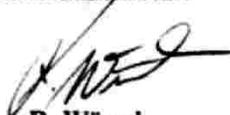
Schluss der Sitzung

Stadtpräsident Jürg Leuenberger gibt bekannt, dass er verfügt hat, dass der zweite Wahlgang der Ersatzwahl in den Stadtrat am 11. Juli 1993 stattfindet. Der früheste Termin (4. Juli 1993) ist durch das Stadtfest belegt und nach dem 11. Juli folgen die Sommerferien.

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Franz Schneller macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 10. Juni 1993

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:



R. Würsch



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 502 -

SITZUNG VOM

7. Juni 1993

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:

F. Müller

14.6.93

Der 1. Vizepräsident:

F. Caspary

15.6.93

Der 2. Vizepräsident: -

S. Röcher

15.6.93

C/ORPROT34

